

Pesta Demokrasi

Fest der Demokratie

Vielen Indonesiern ist aber nicht zum Feiern zumute

Am letzten Wochenende im Mai herrschte eine gewisse Ernüchterung in den Machtzentren Jakartas. Das Ergebnis (siehe Tabelle) weist zwar die GOLKAR als unbestrittene Siegerin aus: Die als Staatspartei fungierende Vereinigung berufsständischer Gruppen hat mit 74,35 % der Stimmen ihr Ziel von 70,02 % noch übertroffen. Die islamische Partei PPP ging leicht gestärkt hervor, die christlich-nationalistische PDI ist zur Bedeutungslosigkeit abgesunken. Gerade wegen dieser beiden Entwicklungen können die Strategen im Präsidentenpalast und im Hauptquartier der Armee mit dem Wahlergebnis, so wie es sich nach der offiziellen Auszählung darstellt, nicht ganz zufrieden sein. Das in den vergangenen 30 Jahren sorgfältig austarierte politische System ist durch diese Wahlen in zweifacher Hinsicht in Frage gestellt worden: 1) Das durch den "Nationalen Konsens" und das Parteiengesetz von 1985 konstituierte dreigliedrige Parteiensystem aus GOLKAR, PPP und PDI ist durch Untergang der PDI aus den Angeln gehoben worden. 2) Durch das Verschwinden der PDI deutet sich zudem eine Polarisierung zwischen dem säkularen Staat, repräsentiert durch GOLKAR, Militär und Bürokratie, einerseits und der islamischen PPP als dem einzig verbliebenen Oppositionsfaktor andererseits an.

Strukturelle Benachteiligung

Die Ausgangssituation für die beiden Parteien und GOLKAR¹ ist durch eine strukturelle Benachteiligung der Opposition geprägt, die durch die eigens für die diesjährigen Wahlen erlassenen Durchführungsvorschriften noch verschärft wurden (s. SOAI 1/97, S.55). Politische Parteien dürfen sich nur bis zur Kreisebene organisieren. Sie können keine Ortsvereine oder Organisationsformen auf Dorfebene bilden und sind deshalb in der Zeit zwischen den Wahlen in ländlichen Gebieten, in denen ca. 70 % der indonesischen Bevölkerung leben, nicht präsent. Die GOLKAR hingegen kann auch hier aktiv sein, da alle Staatsbe-

diensteten und Angestellten öffentlicher Betriebe durch ihre Mitgliedschaft im Korps der Staatsangestellten (KORPRI) automatisch auch Mitglied von GOLKAR sind. Darüber hinaus sind sie und ihre wahlberechtigten Familienmitglieder im Sinne der "Monoloyalität" verpflichtet, ihre Stimme für GOLKAR abzugeben. Bei Zuwiderhandlung wurden berufliche Sanktionen angedroht, obwohl die Regierung betont, daß es keine Wahlpflicht gebe und die Wahlen geheim und frei seien.

Gewalttätiger Wahlkampf

Die Wahlkampagne selbst, die offiziell nur vier Wochen dauerte (29.4. - 23.5.),

war von großer Schärfe und Feindseligkeit zwischen den konkurrierenden Gruppen gekennzeichnet. Beobachtern zufolge sind in diesen vier Wochen mindestens 260 Menschen zu Tode gekommen: bei Verkehrsunfällen, Schlägereien, Messerstechereien und Zusammenstößen mit dem Sicherheitsapparat. Der schwerwiegendste Zwischenfall ereignete sich zum Ende der Kampagne in der Provinzhauptstadt Südkalimantans, Banjarmasin. Bei einem Kaufhausbrand kamen mindestens 124 Menschen ums Leben. Obduktionsberichte lassen mittlerweile Zweifel an der offiziellen Version der Ereignisse aufkommen, die Todesopfer seien Plünderer gewesen, die sich nicht mehr rechtzeitig hätten retten können. In vielen der verkohlten Leichen haben die Gerichtsmediziner Spuren von Einschüssen festgestellt, die den Verdacht nähren, es handele sich um die Opfer eines anderen Gewaltverbrechens, die beim Ausbruch des Feuers bereits tot gewesen seien und durch die Brandkatastrophe beseitigt werden sollten.

In den vier Wochen ist es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Anhängern von GOLKAR und PPP gekommen. Beide Gruppen beschuldigten sich gegenseitig, für die Schlägereien, Anschläge auf Parteibüros, Störungen von Wahlveranstaltungen etc. verantwortlich zu sein. Die PPP hat sich mehrmals beschwert, daß die Polizei ihren Anzeigen gegen die GOLKAR nur schleppend nachkomme, wohingegen derartige Beschuldigungen gegen PPP-Mitglieder sehr viel rascher geahndet würden.

GOLKAR vs. GOLPUT - Wahlboykott und ungültige Stimmen

Schon in der Vorwahlkampfzeit wurde in oppositionellen Kreisen diskutiert, wie auf die strukturellen Mängel und die absehbaren Fälschungen der Wahlen am besten zu reagieren sei. Eine der Möglichkeiten war der Wahlboykott. Nach indonesischem Recht herrscht zwar keine Wahlpflicht, es gilt aber als strafbar, andere zum Verzicht auf die Stimmabgabe aufzurufen. Die "weiße Gruppe" (GOLPUT) als die Wahlboykottbewegung ist seit der ersten Wahl unter dem Regime Suhartos (1971) bekannt für ihre schweigende Mißbilligung nicht nur des Wahlverfahrens, sondern des politischen Systems insgesamt. Nach der Spaltung der PDI kam der GOLPUT besondere Bedeutung zu, da man annehmen konnte, viele PDI-Wähler würden aus Protest gegen die Spaltung der PDI nicht zur Wahl gehen und damit dem öffentlich bekanntgemachten Beispiel ihrer ehemaligen Vorsitzenden Megawati folgen. Aus den vorliegenden offiziellen Zahlen läßt sich aber keine signifikant höhere Zahl



Golkars haushoher Sieg mit leichter Unterstützung

aus: FEER v. 12.6.1997, S. 11



PPP-Anhänger in Jakarta während einer Wahlveranstaltung

aus: AW v. 30.5.1997, S. 26

von Nichtwählern erschließen. Dagegen deuten Umfragen von KIPP, der im vorigen Jahre gegründeten Unabhängigen Wahlbeobachungskommission, und verschiedenen Rechtshilfeinstituten (LBH) jedoch darauf hin, daß es zumindest in einigen Regionen zu erheblichen Einbußen in der Wahlbeteiligung gekommen ist. Für Jakarta sprechen diese Untersuchungen von über 30 % Stimmenthaltung gegenüber einer landesweiten Wahlbeteiligung von fast 90 %. Da unbenutzte Stimmzettel jedoch von den meist der GOLKAR angehörenden Wahlvorständen mißbraucht werden konnten, befürworteten andere Gruppen die Abgabe von ungültigen Stimmen, indem man mehr als eine Partei angekreuzte. Aber auch über das Ausmaß der ungültigen Stimmabgabe gibt es nur Vermutungen. Man muß davon ausgehen, daß das amtliche Wahlergebnis über beide Arten des Protests keinen Aufschluß geben wird, da das Ergebnis insgesamt als nicht glaubwürdig angesehen werden muß.

Wahlbetrug

Die GOLKAR setzte alles daran, ihre "Schlappe" in der vorhergehenden Wahl ("nur" 68 %) auszuwetzen. Sie betrieb einen Wahlkampf mit großem finanziellen und personellen Aufwand: Minister, religiöse Lehrer und Pop-Stars wurden aufgeboten. Angebote und Versprechungen, die den Charakter von Stimmenkauf hatten, waren alltäglich. In manchen Dörfern wurden Prämien ausgesetzt: bei einer Zustimmung zu GOLKAR von mehr als 95 % gab es eine Kuh, sollten es noch über 90 % sein, eine Ziege. Lehrer setzten die am Ende des Schuljahres anstehenden Abschlußprüfungen als Druckmittel gegen Eltern und

Schüler ein, um eine Stimmabgabe für GOLKAR zu erreichen. Nach übereinstimmender Auffassung einheimischer Wahlbeobachter, wie LBH und KIPP, ist es vor und während der Stimmabgabe zu massiven Unregelmäßigkeiten und Fälschungen gekommen: Wähler wurden eingeschüchert und unter Druck gesetzt, GOLKAR zu wählen, Staatsbedienstete in Jakarta wurden von ihren Dienststellen aufgefordert, sich zusätzlich zu ihrem Wählerausweis für die Stimmabgabe an ihrem Arbeitsplatz auch eine solche Berechtigung für den Wahlgang an ihrem Wohnort zu besorgen. In vielen Fällen ist es zu direkter Fälschung bei der Stimmabgabe gekommen, sei es, daß Stimmen für die politischen Parteien durch Markierung mehr als eines Parteesymbols ungültig gemacht wurden, sei es, daß unbenutzte Stimmzettel von Wahlboykottoren zugunsten von GOLKAR markiert und in die Urnen geworfen wurden. Die vorgeschriebene öffentliche Stimmenauszählung wurde oft dadurch verhindert, daß Wahlvorstände die Urnen aus dem Wahllokal entfernten und in den Büros der Dorf- oder Stadtverwaltung unter Ausschluß der Öffentlichkeit auszählten.

Zerreißprobe für die PPP

Aufgrund dieser und vieler anderer Unregelmäßigkeiten haben sich die Gremien der PPP selbst nach dreitägiger Beratung noch nicht dazu durchringen können, das Wahlergebnis zu akzeptieren und die Abschlußberichte der regionalen Wahlausschüsse durch ihre Unterschrift zu legitimieren. Ähnlich wie in der völlig demontierten PDI verlangen Mitglieder der PPP, auf das Ausmaß des Wahlbetrugs mit einem Rückzug aus den Wahl-

gremien zu reagieren und damit den regulären Abschluß der Wahlen zu boykottieren. Der Verband für Westsumatra hat schon kategorisch erklärt, er werde das Ergebnis für seine Provinz nicht anerkennen, und beschlossen, daß ihre Mitglieder der Wahlvorstände die Wahlergebnisse nicht unterschreiben werden.

Trotz Stimmengewinns hat die PPP auf nationaler Ebene nicht wesentlich vom Niedergang der PDI profitieren können. Die Gründe sind in der ideologischen und vor allem religiösen Orientierung der PDI-Wählerschaft zu suchen, die zu einem großen Teil aus Christen und ethnischen Chinesen besteht. Viele der ehemaligen PDI-Wähler werden angesichts der PDI-Spaltung die Wahl boykottiert oder doch auf die sichere Variante GOLKAR gesetzt haben. Da das indonesische Wahlsystem keine fairen Wahlen zuläßt und eine Wählerstromanalyse unter den politischen Verhältnissen Indonesiens nicht möglich ist, wird man nur auf einzelne Stellungnahmen gestützte Aussagen über das Wählerverhalten machen können.

Eine wesentliche Folge der Wahl deutet sich in der Polarisierung der politischen Landschaft Indonesiens zwischen der staatstragenden und säkularen GOLKAR und der islamischen PPP an. Die PPP übernimmt die Rolle der Oppositionspartei, die in früheren Jahren von der PDI wahrgenommen wurde. In den kommenden Wochen und Monaten wird viel davon abhängen, ob die Führung der PPP dem Wunsch nach einer politischen Öffnung zum nicht-islamischen politischen Spektrum innerhalb der Opposition nachkommt, oder ob sich die Partei weiterhin – in teilweiser Selbstverleugnung – systemkonform verhält. Während des Wahlkampfes hatte sich eine solche

Öffnung bereits angedeutet, als Wahlkämpfer der PPP zusammen mit Anhängern von Megawati den Wahlslogan "Mega Bintang" prägten, eine Verbindung aus der Abkürzung von Megawati und dem indonesischen Wort für Stern, dem Parteiensymbol der PPP. Diese neue Parole mobilisierte sofort die Massen und führte zu einem schnellen Verbot durch die Wahlbehörden. In Jakarta kursieren Gerüchte, die Regierung bereite bereits einen außerordentlichen PPP-Parteitag nach dem Vorbild des Parteitreffens von Medan vor, um den gegenwärtigen Vorsitzenden Metareum abwählen zu lassen, falls es ihm nicht gelingt, die Partei auf Regierungskurs zu bringen. Zugleich dürfte sich die Entfremdung zwischen den in der PPP organisierten Muslimen und denjenigen, die sich an dem vom Forschungsminister Habibie geführten regierungsnahen Verband islamischer Intellektueller (ICMI) orientieren, noch vergrößern. Durch die neu entstandene Konstellation ist der PPP die Rolle einer "Oppositionspartei" zugefallen, die bisher von der PDI ausgefüllt wurde. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Parteiführung zu dieser neuen Rolle und den damit verbundenen Hoffnungen im eigenen Lager und bei den Anhängern Megawatis verhalten wird.

Der Zerfall der PDI

Vor einem knappen Jahr beauftragte Präsident Suharto seinen Generalstabschef Feisal Tanjung, die Vorsitzende der PDI, Megawati Sukarnoputri, aus ihrem Amt zu entfernen, weil sie als Hoffnungsträgerin und Führungsfigur der vielen Unzufriedenen im Land zunehmend an politischer Statur gewann. Von einigen enthusiastischen Anhängern wurde sie schon als Kandidatin für die Präsidentschaftswahlen im März 1998 genannt. In der Tat hätte eine PDI unter Megawati gute Chancen gehabt, bei den Wahlen erhebliche Stimmengewinne zu erzielen und der Regierung und GOLKAR zumindest eine moralische Schlappe zuzufügen. Die Machtverhältnisse hätte sie aber nicht ernsthaft antasten können. Da jedoch schon die Existenz einer legitimen Herausforderin den Machtanspruch und das Machtbewußtsein des jetzigen (und zukünftigen) Präsidenten verletzt hätte, mußte die Tochter des charismatischen Staatsgründers und Suharto-Vorgängers Sukarno politisch neutralisiert werden. Auf einem vom Militär inszenierten Parteitag wurde Megawati abgewählt und durch ihren Vorgänger Soerjadi ersetzt. Der anfänglich so erfolgreiche Schachzug könnte sich im Nachhinein als ein Pyrrhussieg herausstellen.

Soerjadi konnte den Makel der Regierungsintervention nicht tilgen. Nachdem das Ziel, Megawati ins politische Abseits zu manövrieren, erreicht war, stand er als

"nützlicher Idiot" isoliert schon bald auf verlorenem Posten. Die Partei führte einen aussichtslosen Wahlkampf. Es kursierten Gerüchte, Soerjadi wolle den Wahlkampf abbrechen. Er soll dann aber von Syarwan Hamid, neben Feisal Tanjung mitverantwortlich für den Parteitag von Medan, mit dem Versprechen zur Fortsetzung bewegt worden sein, die PDI werde unabhängig vom Wahlausgang eine bestimmte Anzahl von Sitzen im Parlament erhalten. Wie vorausschauend diese Zusage gewesen ist, zeigt sich jetzt nach dem Ende der Wahlen. Die PDI hat mit 3,06 % der Stimmen (1992: 14,89 %) Anrecht auf nicht mehr als 10 Sitze. In der so demontierten Partei macht sich nun Katzenjammer und das Gefühl, mißbraucht worden zu sein, breit. Die Belohnung für die politische und moralische Verbiegung, der Einzug ins Parlament, stellt sich nicht ein.

Ablenkung vom Scherbenhaufen

Suharto, die GOLKAR und das Militär haben nun im wesentlichen mit zwei Schwierigkeiten zu kämpfen. Da die PDI nur 10 Sitze im Parlament bekommen hat, ist das Parlament nicht arbeitsfähig. Laut Gesetz müssen alle Entscheidungen im Plenum und in den Ausschüssen im Konsens getroffen werden. Die PDI kann aber nur 10 der 11 Ausschüsse besetzen, da eine Ämterhäufung nicht vorgesehen ist. Die Regierung kann also nur durch weitere Manipulationen am System den angerichteten Schaden begrenzen. Sie ist mit der Frustration jener PDI-Mitglieder konfrontiert, die sich für eine Absetzung Megawatis hergegeben haben und nun nicht wie versprochen einen Sitz im Parlament erhalten werden. In der PDI werden deshalb Stimmen laut, die fordern, die in der Wahl erreichten Sitze nicht anzunehmen und den weiteren Prozeß bis zur Konstituierung des neuen Parlaments zu boykottieren. Sollten sich diese Kräfte durchsetzen, stünde die Regierung vor dem Scherbenhaufen ihrer sorgsam gepflegten demokratischen Fassade.

Am 6. Juni gab Suharto jedoch einige weitreichende Personalentscheidungen bekannt und verblüffte damit die indonesische Öffentlichkeit. Die Wahl und ihr Ausgang verschwanden aus der Presse und scheinen kein Thema mehr zu sein, denn alle interessieren sich für das überraschende Revirement: Informationsminister Harmoko wurde zum Staatsminister für besondere Aufgaben gemacht und durch den bisherigen Stabschef des Heeres, Hartono, ersetzt, der am 10. Juni in Pension geht. Neuer Stabschef des Heeres ist der bisherige Kommandeur der Strategischen Einsatzreserve KOSTRAD, Wiranto, der eher dem suhartokritischen Flügel im Militär zugerechnet wird. Mit

diesem Manöver hat sich Suharto wieder als gewiefter Taktiker erwiesen. Es ist zunächst als eine Stärkung der GOLKAR zu verstehen. Harmoko, zugleich Vorsitzender von GOLKAR, wird vordergründig für seine zukünftige Rolle als Parlamentspräsident freigestellt. Die plötzliche Abberufung Harmokos als Informationsminister wird von manchen Beobachtern jedoch als Ausdruck der Unzufriedenheit Suhartos über die zu freizügige Wahlberichterstattung in der indonesischen Presse gewertet. Trotz der Pensionierung behält Suharto Hartono, der dem GOLKAR-Kreis um die Präsidententochter Siti Hardijanti Rukmana, ihrem Schwager Prabowo Subianto und Harmoko zugerechnet wird, in seiner Nähe. Auch Hartono wird immer wieder als potentieller Vizepräsident gehandelt. Die Ernennung Wirantos könnte als Zugeständnis Suhartos an seine Kritiker im Militär verstanden werden, verbunden mit dem Arrangement, daß diese sog. Merah-Putih-Gruppe² nationalistisch orientierter Offiziere und pensionierter Generäle keine Ansprüche auf das Amt des Vizepräsidenten stellt. Diese Position ist die für die kommenden Jahre strategisch wichtigste, da gemeinhin damit gerechnet wird, daß Suharto seine kommende, sechste Amtszeit nicht ganz ausfüllen, sondern nach dem Jahrtausendwechsel aus dem Amt scheidet wird.

GOLKAR hat durch diese Wahlen ihre Position stärken können. Sie liest das Ergebnis als einen Auftrag für eine Fortführung ihrer bisherigen Politik. Gleichzeitig ist aber deutlich geworden, daß sie ihre Position nur mit unverhältnismäßig viel Aufwand und unter Verlust ihrer bisherigen demokratischen Fassade sichern konnte. Ihre Funktion als Machterhaltungsinstrument der Suharto-Familie ist unübersehbar geworden. Die Machtverhältnisse bleiben unverändert und Suharto wird unangefochten wieder zum Präsidenten bestellt werden. Suharto und das Herrschaftssystem sind jedoch so eng miteinander verschränkt, daß eine Demokratisierung Indonesiens erst nach seinem Abtreten möglich erscheint. Und selbst dann hat die Armee ihren Machtanspruch noch nicht aufgegeben. Es scheint, viele Indonesier werden noch lange keinen Grund zum Feiern finden.

Klaus H. Schreiner

Der Autor ist wiss. Mitarbeiter der Südostasienwissenschaften an der Universität Frankfurt und Mitglied im Vorstand des Trägervereins.

Anmerkungen:

- 1) GOLKAR ist keine politische Partei im Sinne des für die Durchführung der Wahlen maßgeblichen Partei- bzw. Wahlgesetzes.
- 2) Merah-Putih: rot-weiß, genannt nach den Nationalfarben Indonesiens.